

URGENT ACTION

INDIGENE NACH WIE VOR IN GEFAHR DURCH COVID-19

ECUADOR

UA-Nr: **UA-114/2020-1** AI-Index: **AMR 28/2943/2020** Datum: **28. August 2020** – bs

INDIGENE GEMEINSCHAFTEN AM AMAZONAS

Im August informierte die Regierung von Ecuador die indigene Bevölkerung des Landes über eine nationale Richtlinie für den Umgang mit COVID-19. Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen im Amazonas kritisieren, dass keine angemessene Konsultation mit den Betroffenen stattgefunden habe und ihre Forderungen nicht berücksichtigt worden seien. Außerdem seien sie aus den Notfallplanausschüssen ausgeschlossen worden, die die Richtlinien umsetzen sollen. Die Regierung muss sicherstellen, dass die indigene Bevölkerung im ecuadorianischen Amazonasgebiet an den Entscheidungsprozessen zum Umgang mit COVID-19 beteiligt wird, und garantieren, dass ausreichende finanzielle Mittel dafür zur Verfügung stehen und die Rechte und Erfordernisse der Betroffenen respektiert werden.

Nach Angaben von Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen hat es im Vorfeld der im August unter der indigenen Bevölkerung bekanntgegebenen Richtlinien für die Verhinderung und Behandlung von COVID-19 keinen angemessenen Konsultationsprozess gegeben, und die Anforderungen der Indigenen wurden nicht berücksichtigt. In den Notfallplanausschüssen, die die Richtlinien umsetzen sollen, sind die Indigenen nicht vertreten.

Die indigene Bevölkerung im ecuadorianischen Amazonasgebiet ist im Kontext der Pandemie in erhöhter Gefahr durch den Mangel an Trinkwasser, Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung, Gesundheitsleistungen und Covid-19-Tests. Verursacht wurde dieser Mangel durch seit langem bestehende Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Exklusion.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

An einem nicht näher spezifizierten Datum im August hat die Regierung von Ecuador eine Richtlinie für die Verhütung und Behandlung von COVID-19 bei indigenen, afro-ecuadorianischen und Montubio-Bevölkerungsgruppen bekanntgemacht, mit dem Ziel, „Vorgehensweisen für die Koordination zwischen Institutionen, Bereichen und den Akteur_innen, die in den Territorien der Völker und Nationalitäten Ecuadors präsent sind, zu entwickeln, um eine koordinierte Antwort mit interkultureller Relevanz auf den durch COVID-19 verursachten Notstand zu liefern.“

In dem Dokument heißt es, es sei von verschiedenen Vertreter_innen der Regierung mit Unterstützung der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation erarbeitet und von Mitgliedern der Konföderation der Indigenen Nationen des Ecuadorianischen Amazonasgebiets (CONFENIAE) und der Konföderation der Völker der Kichwa-Nationalität von Ecuador (ECUARUNARI) „validiert“ worden. Der „Anhang mit Beiträgen und Empfehlungen der Delegierten von Gemeinschaften, Völkern und Nationalitäten“ trägt das Datum 24. Juli 2020.

Aufgrund der unzureichenden Reaktion der staatlichen Stellen auf COVID-19 haben Organisationen wie die Konföderation der Indigenen Nationen des Ecuadorianischen Amazonasgebiets (CONFENIAE), Amazon Watch, Amazon Frontlines, Fundación ALDEA und die Hochschule Universidad San Francisco de Quito Maßnahmen eingeleitet, um COVID-19-Fälle unter der indigenen Bevölkerung im Amazonasgebiet von Ecuador zu identifizieren und zu behandeln. Sie stellen Tests zur Verfügung, liefern kulturell angemessene Informationen, stellen Schutzkleidung, Hygieneprodukte und Grundbedarfsmedikamente zur Verfügung und haben eine Internetseite entwickelt, um Entwicklungen der Pandemie zu verfolgen und Ansteckungsherde zu identifizieren.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Am 19. August meldeten diese Organisationen im Zusammenhang mit COVID-19 insgesamt 3.303 Infektionen (2.301 bestätigte Fälle und 1.002 Verdachtsfälle) und 80 Todesfälle (35 bestätigt und 45 vermutet) unter der indigenen Bevölkerung im ecuadorianischen Amazonasgebiet, die insgesamt 290.000 Angehörige zählt. Da es keine ausreichenden Testmöglichkeiten gibt, sind die genauen Zahlen wahrscheinlich wesentlich höher. Laut Angaben der genannten Organisationen gibt es keine indigene Gruppe im Amazonasgebiet Ecuadors, in der es keinen COVID-19-Fall gibt.

Am 18. Juni haben die Justizbehörden im Kontext der COVID-19-Pandemie Schutzmaßnahmen für das indigene Volk der Waorani angeordnet, darunter die Testung von verdächtigen Infektionsfällen, Gesundheitspersonal und medizinisches Zubehör, humanitäre Hilfe und die Einschränkung von unternehmerischen Aktivitäten auf dem Siedlungsgebiet der Indigenen. Laut Angaben von Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen setzen die staatlichen Stellen diese Vorgaben jedoch nicht vollständig um.

Zur Pandemie kommt erschwerend hinzu, dass am 7. April ein Leck im Transecuadorianischen Pipelinesystem SOTE und der Rohölpipeline OCP die Flüsse Coca und Napo verseuchte. Dies verschmutzte die Umwelt, das Wasser, die Nahrungsmittel und Lebensgrundlage von fast 120.000 Menschen, von denen 27.000 Indigene, überwiegend Kichwa und Shuar, sind.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte stellen Sie sicher, dass die indigene Bevölkerung im Amazonasgebiet an den nationalen und regionalen Entscheidungsstrukturen zur Bekämpfung von COVID-19 mit eigenen Vertreter_innen beteiligt wird, dass die Maßnahmen die Rechte und Erfordernisse der Indigenen berücksichtigen und die Programme ausreichend finanziert werden.
- Ich bitte Sie außerdem, dafür zu sorgen, dass jede politische oder anderweitige Maßnahme, die die indigenen Gemeinschaften betrifft, menschenrechtliche Standards einhält, darunter das Prinzip der freiwilligen, vorherigen und in Kenntnis der Sachlage erteilten Zustimmung.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN PRÄSIDENT

Lenín Moreno
Presidencia de la República del Ecuador
García Moreno N10-43 entre Chile y Espejo
170401, Quito, ECUADOR
(Anrede: Dear President / Sehr geehrter Herr
Präsident)

E-Mail: atencionciudadana@presidencia.gob.ec

KOPIE

BOTSCHAFT DER REPUBLIK ECUADOR

S.E. Herrn Manuel Antonio Mejia Dalmau
Joachimstaler Straße 12
10719 Berlin
Fax: 030 - 800 969 699
E-Mail: info@ecuadorembassy.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **8. Oktober 2020** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-114/2020** (AMR 28/2643/2020, 3. Juli 2020)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I ask you to ensure that the Indigenous peoples of the Amazon participate, through their own representative institutions, in the national and provincial decision-making structure in charge of the COVID-19 response in the Amazon and guarantee that this response respects their rights and needs and is sufficiently funded. Any policy or action affecting Indigenous Peoples should comply with human rights standards, including the right to Free, Prior and Informed Consent (FPIC).

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Am 29. April reichte eine Gruppe von Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen einen Antrag auf ein Verfassungsschutzverfahren ein und forderte Schutzmaßnahmen im Namen von fast 120.000 von der Ölkatastrophe betroffenen Menschen. Die Petition gibt die Verantwortung dem Ministerium für Energie und natürliche und nicht nachwachsende Rohstoffe, dem Ministerium für Umweltschutz, dem Gesundheitsministerium, der staatlichen Ölgesellschaft Petroecuador und dem Privatunternehmen OCP. Die Petitionssteller_innen berichteten, dass das verantwortliche Gericht das rechtsstaatliche Verfahren durch Unregelmäßigkeiten gefährdete.

